



24.3631 Interpellation

## Finanzplanung stabilisieren

Eingereicht von: Stark Jakob  
Fraktion der Schweizerischen Volkspartei  
Schweizerische Volkspartei



Einreichungsdatum: 13.06.2024

Eingereicht im: Ständerat

Stand der Beratung: Eingereicht

### Eingereichter Text

Bundesrat und Parlament stehen bezüglich der Finanzplanung 2026 – 2028 und darüber hinaus vor grossen Herausforderungen. Es gilt, eine Aufwandslücke von 3 – 4 Mrd. Fr. zu schliessen und gleichzeitig die Schuldenbremse einzuhalten. Auf der Aufwandseite bestehen grosse Erwartungen in das Entlastungsprogramm des Bundesrats, das auch gebundene Ausgaben und Subventionen tangieren wird und seine Wirkung ab den Jahren 2026 (nicht gebundene Ausgaben) und 2027 (gebundene Ausgaben).

Um die langfristige Finanzplanung zu stabilisieren, ist es wichtig, einen Kompromiss zu finden beim Wachstum der Verteidigungsausgaben sowie auch einnahmenseitige Perspektiven zu eröffnen, ohne neue Steuern zu erheben.

In diesem Zusammenhang ersuche ich den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie sehen die Armeeausgaben pro Finanzplanjahr aus, wenn das Wachstum so gesteuert wird, dass die Armeeausgaben ein Prozent (1 %) des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreichen a) bis 2031 b) bis 2032 c) bis 2033 ?
2. Wie beurteilt der Bundesrat diese drei Varianten (1a, 1b und 1c) ?
3. Allfällige Zusatzausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) fliessen heute nicht in die ordentliche Rechnung ein. Welche Auswirkungen auf die Finanzplanung 2026 – 2028 und darüber hinaus ergäben sich, wenn die Zusatzausschüttungen der SNB in der ordentlichen Rechnung als Einnahmen verbucht werden?
4. Wie beurteilt der Bundesrat die Wirkung der in Punkt 3 angedachten Massnahme im Hinblick auf die Einhaltung der Schuldenbremse?

### Weitere Informationen

Erstbehandelnder Rat

Ständerat



## Links

